

<http://www.kathweb.at/content/site/nachrichten/database/28309.html>

Gefängnisseelsorger fordern umfassende Strafrechtsreform

Internationaler Kongress zum "Menschenbild im Strafrecht" in Wien beendet -
Umfassender Forderungskatalog präsentiert - Interdisziplinäres "Institut für
Strafrechtsethik" geplant

24.09.2009

Wien (KAP) In Österreich bedarf es einer umfassenden, nach ethischen Kriterien durchgeführten Strafrechtsreform. Das leitende Prinzip müsse dabei jenes der "Restorative Justice" sein, also der den Rechtsfrieden wieder herstellenden und an einem positiven Menschenbild orientierten Justiz. Diese Forderung erhoben die Teilnehmer des Internationalen Kongresses zum Thema "Menschenbild im Strafrecht - Brennpunkt christlicher Sozialethik", der am Donnerstag in Wien zu Ende gegangen ist.

Vom 21. bis 24. September hatten internationale Fachleute, Juristen und Gefängnisseelsorger auf Einladung der Evangelischen Gefängnisseelsorge und der Evangelischen Akademie Wien im Wiener Albert Schweitzer Haus neue Modelle für einen effizienteren und humaneren Strafvollzug diskutiert.

Bei einer Pressekonferenz präsentierte der evangelische Gefängnisseelsorger Matthias Geist einen umfassenden Forderungskatalog. Insbesondere bei der Haftsituation und bei der psychiatrischen Betreuung und Begutachtung orteten die Teilnehmer des Kongresses laut Geist einen großen Reformbedarf.

Haftbedingungen verbessern

Konkret fordern die Teilnehmer von der Justiz wie auch von der Exekutive eine Verbesserung der Haftbedingungen; dazu zählt eine Ausweitung der Besuchsrechte, die Einrichtung von Haftraumtelefonen, aber auch der Ausbau von Sport-, Freizeit- und vor allem Ausbildungsmöglichkeiten während der Haft. Ausständig sei auch die Einrichtung einer eigenen "Ombudsschaft", die sich der Beschwerden der Inhaftierten annimmt.

Im Bereich der psychiatrischen Betreuung und Begutachtung sei insbesondere die "endgültige Abschaffung des Begriffs 'geistig abnormer Rechtsbrecher'" notwendig, so Geist. Auch eine Qualitätskontrolle des Gutachtenwesens sei notwendig sowie eine engere Kooperation mit dem Gesundheitsressort und die Schaffung neuer betreuter Einrichtung für Haftentlassene.

Der insgesamt sieben Punkte umfassende Forderungskatalog sieht außerdem einen "Paradigmenwechsel" vom Sicherheitsdenken hin zu mehr Fairness und intensiverer Betreuung der Häftlinge vor. "Halb so viele Tage im Gefängnis schaffen bessere Reintegrationsleistungen und mehr Ressourcen für sinnvolle Betreuungsarbeit", so Geist. Entsprechend müsse auch die Dauer der Haft überdacht und alternative Strafformen wie etwa der Einsatz der "elektronischen Fußfesseln" ausgeweitet werden. Reformbedürftig sei weiters das Gerichtswesen im Blick auf die Strafprozesse. Hier brauche es verstärkter

Kontrollen, audiovisuelle Aufzeichnung von Gerichtsverfahren und eine allgemeine Beschleunigung der Verfahren.

Neues "Institut für Strafrechtsethik"

Geist kündigte außerdem die Einrichtung eines interdisziplinär ausgerichteten "Instituts für Strafrechtsethik" an. Wo genau ein solches Institut angesiedelt würde, sei noch offen, so Geist. Ziel sei es jedoch, durch ein solches Institut den ethischen Diskurs zu intensivieren und auf seine politische Umsetzung hin zu konkretisieren. Es fehle derzeit ein "visionärer und kritischer Zugang zum Strafrecht", so Geist. Dieser solle durch ein eigenes Institut als Diskursplattform ermöglicht werden.

Im Gespräch mit "Kathpress" unterstrich Geist, dass eine Strafrechtsreform nicht ohne die Begleitung durch eine eigene Strafrechtsethik gelingen könne. Einer solchen Ethik müsse ein auf Freiheit und persönliche Zukunft hin orientiertes Menschenbild zugrundeliegen, da nur so auch das Konzept einer "Restorative Justice" tragfähig und eine Versöhnung von Tätern und Opfern möglich sei, so Geist.

Dass gerade bei geringfügigen Eigentumsdelikten wie Ladendiebstählen "völlig unnötig Polizei und Staatsanwälte beschäftigt" würden, kritisierte Richard Soyer, Professor für Strafrecht in Graz und Sprecher der "Vereinigung Österreichischer StrafverteidigerInnen" (VÖS). Soyer wies auch auf den stark gestiegenen Einfluss der EU im Bereich des Strafrechts hin. Bisher zielten die Aktivitäten vor allem auf eine Stärkung polizeilicher und justizbehördlicher Kooperation.

Der deutsche Gefangenenseelsorger Tobias Müller-Monning hält Gefängnisse per se für nicht mehr zeitgemäß, es brauche alternative Sanktionsformen, den Weg hin zu "Ausgleich, Versöhnung und Heilung". Für eine solche "Restorative Justice" tritt auch die International Prison Chaplains' Association (IPCA) ein, die den Wiener Kongress mitveranstaltete. Als ökumenische Organisation und "unabhängige Stimme" trete sie für "Menschenwürde und Gerechtigkeit für alle" ein, betonte IPCA-Vorsitzender Alan Ogler in Wien.